

18.03.2026 | Energie

Christopher Vogt zu TOP 19 "Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land"

In seiner Rede zu TOP 19 (Zustimmung des Landtags zum Entwurf der „Landesverordnung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land“) erklärt der Vorsitzende und energiepolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion,

Christopher Vogt:

„Zunächst möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung bedanken, die diese komplexen und mühsamen Planungen umsetzen müssen – diese große Arbeitsleistung möchte ich ausdrücklich anerkennen!

Zum Grundsätzlichen: Schleswig-Holstein ist in vielen Bereichen prädestiniert für die Nutzung der Windenergie. Wo viel Wind weht, sollte man diesen auch in angemessenen Rahmen zur Stromerzeugung nutzen. Das ist unterm Strich umweltfreundlich, bringt Wirtschaftskraft in die Regionen und macht unser Land unabhängiger von Energieimporten. Damit kein Wildwuchs entsteht, braucht man eine Planung von Seiten des Landes. Der Ausbau der Windenergie muss allerdings insgesamt mit Sinn und Verstand erfolgen. Das gilt mit Blick auf die staatliche Förderung der Anlagen und das gilt mit Blick auf die Ausweisung der Gebiete – ansonsten geht die notwendige Akzeptanz der Stromkunden, der Steuerzahler und vor allem der Anwohner verloren, auch weil die Anlagen durch die fehlenden Höhenbeschränkungen ja immer größer werden.

Ich finde, wir hatten in der Jamaika-Koalition einen ordentlichen Kompromiss gefunden. Uns war dabei besonders wichtig, dass die Abstände zu Wohnsiedlungen auf 1000 Meter vergrößert wurden. Die Bundesvorgaben, die man sehr kontrovers diskutieren kann und die ich kritisch sehe, haben sich seitdem geändert und deshalb muss sich auch die Planung des Landes ändern. Sie gehen allerdings an einigen Stellen – vor allem beim Faktor Zeit – wegen Ihres Koalitionsvertrages und dem Ziel der Klimaneutralität bis 2040 unnötigerweise über die Bundesvorgaben hinaus. Dabei wissen doch mittlerweile fast alle Beteiligten, dass dieses Ziel ohne größere wirtschaftliche und soziale Verwerfungen realistischerweise gar nicht zu erreichen ist.

Es ist auch ein Problem, dass der Ausbau der Windenergie viel zu wenig mit dem Ausbau der Netze und der Speicher synchronisiert wird. Das Problem mit dem Strom, der nicht geliefert werden kann, aber dennoch bezahlt werden muss, wird also wieder mit Wucht zurückkehren.

Wobei es ja noch sehr interessant werden wird, was die Bundesregierung dazu vereinbaren wird. Meine Sorge ist, dass damit die notwendige Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger aufs Spiel gesetzt wird und das ist ja auch in verschiedenen Regionen des Landes derzeit wieder zu spüren. Wobei die Akzeptanz der Windenergie in Nordfriesland selbstverständlich eine ganz andere ist als zum Beispiel im Herzogtum Lauenburg. Das hat sicherlich etwas mit der Struktur der Eigentümer von Windparks zu tun, mit der Siedlungsdichte und auch mit dem Landschaftsbild. Es ist aber auch problematisch, dass Sie nun auch größere Vorrangflächen in Landschaftsschutzgebieten und auch in Naturparks ausweisen wollen, zum Beispiel im Naturpark Lauenburgische Seen. Das stößt vor Ort wenig überraschend auf Protest, den ich nachvollziehen kann.

Das Problem mit den Planungsverfahren ist, dass diese auch bei der Windenergie durchaus langwierig sein können. Wo die Windkraft vor Ort gewollt ist, dauert es also mitunter sehr lange. Wo sie vor Ort nicht gewollt ist, ist sie kaum zu verhindern. In Schleswig-Holstein können die Planungsverfahren für Windparks derzeit ohne Klage rund fünfeinhalb Jahre dauern und mit Klage sogar rund achteinhalb Jahre.

Zum dritten Entwurf LEP Windenergie: Hier geht es um eine sehr kleine Änderung, die eine erneute Beteiligung ausgelöst hat. Mit der Änderung wollen sie einerseits herkömmliche Gewerbegebiete schützen, andererseits die Kombination von Windenergie, Biogas und Solarenergie möglich machen. Gerade Letzteres ist sinnvoll und richtig. Wir sollten Anlagen der erneuerbaren Energie möglichst bündeln und konzentrieren. Solche multifunktionalen Gebiete sparen Flächenverbrauch und sind auch mit Blick auf das Landschaftsbild und die Belastungen durch die Anlagen oft sinnvoll. Einige Dinge wirken hierbei jedoch widersprüchlich und inkonsequent: Sie machen jetzt als Plangeber den Weg frei für diese kombinierten Gebiete. Auf den ersten Blick. Schaut man ein bisschen genauer hin, stimmt das nur zur Hälfte. Schaut man in Ihren LEP und Ihren Solar-Erlass, dann fällt auf: Photovoltaik ist in ihren regionalen Grünzügen verboten – anders als die Windenergie! Das ist schon interessant, denn eigentlich sollen regionale Grünzüge gar nicht planmäßig besiedelt werden – es sei denn, ein Vorhaben liegt im überwiegenden öffentlichen Interesse. Da die Energiewende bei Ihnen offenbar immer im überwiegenden öffentlichen Interesse liegt, stellt sich schon die Frage, warum Sie Windenergie anders behandeln als Photovoltaik. Schaut man in Ihre Pläne für den Planungsraum III, dann erkennt man: Fast der gesamte Hamburger Rand, inklusive des Korridors bis Lübeck ist voll mit regionalen Grünzügen! Was heißt das jetzt in diesem Zusammenhang? Soll also ausgerechnet dort, wo die Flächenkonkurrenz am größten ist, die Kombination von Wind und Photovoltaik nicht möglich sein? Das wäre meines Erachtens kontraproduktiv. Hierzu wären wir – Frau Innenministerin - für Aufklärung sehr dankbar!

Ich denke, es macht Sinn, das Thema noch einmal im Ausschuss zu vertiefen.“

Sperrfrist Redebeginn!

Es gilt das gesprochene Wort.



Christopher Vogt

Sprecher für Wissenschaft/Hochschule, Energie

Kontakt:

Eva Grimminger, v.i.S.d.P.

Pressesprecherin

Tel.: 0431 988 1488

fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de

FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

E-Mail: fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de, Internet: www.fdp-fraktion-sh.de